

<b>Zeitschrift:</b>	SVPW-Jahrbuch = Annuaire ASSP
<b>Herausgeber:</b>	Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft
<b>Band:</b>	29 (1989)
<b>Artikel:</b>	Ratlose Politikberatung? : Ein Vergleich der Probleme wissenschaftlicher Beratung in Aussenpolitik und privatwirtschaftlicher Auslandstätigkeit
<b>Autor:</b>	Ruloff, Dieter
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-172706">https://doi.org/10.5169/seals-172706</a>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 04.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Dieter Ruloff

# Ratlose Politikberatung? Ein Vergleich der Probleme wissen- schaftlicher Beratung in Aussen- politik und privatwirtschaftlicher Auslandstätigkeit

Ein Vergleich der Probleme wissenschaftlicher Beratung in Aussenpolitik und in privatwirtschaftlicher Auslandstätigkeit, der sich vorwiegend an der Entwicklung in den Vereinigten Staaten orientiert, fördert einige erstaunliche Ähnlichkeiten zutage. Die wissenschaftliche, oft auch pseudo-wissenschaftliche Beratung in beiden Bereichen floriert, ein echter wissenschaftlicher Einfluss auf die wichtigen Entscheidungsprozesse in der Aussenpolitik und internationalen Wirtschaft ist jedoch ausgeblieben. Eine Ursache ist sicherlich das Fehlen einer anerkannten Theorie in beiden Bereichen, die hinsichtlich Geschlossenheit und Verbindlichkeit einen Vergleich mit dem aushalten könnte, was die Wirtschaftswissenschaften bieten. Wichtiger jedoch ist der immer noch bestehende «Graben» zwischen den beiden Welten der wissenschaftlichen Forschung zu den internationalen Beziehungen und der Praxis. Ein Patentrezept zur möglichst besten Überwindung dieses «Grabens» oder gar zu seiner Beseitigung gibt es (noch) nicht.

Une comparaison des problèmes posés par la consultation scientifique aussi bien en politique étrangère qu'en économie internationale – se fondant sur les théories développées aux Etats-Unis – révèle d'étonnantes similitudes. La consultation scientifique prospère dans ces deux domaines sans pour autant exercer une véritable influence sur les processus décisionnels inhérents à la politique étrangère ainsi qu'à l'économie internationale. L'une des causes de ce paradoxe réside dans l'absence d'une théorie reconnue dans ces deux domaines, comparable aux théories offertes par les sciences économiques. Plus significative est, cependant, l'existence d'un fossé entre la recherche scientifique relative aux relations internationales et le monde de la pratique. Une solution susceptible de surmonter ce fossé, voire même de l'annihiler, n'a pas encore été trouvée.

## 1. Einleitung

Die Beratung der Politik ist der Politikwissenschaft nie leicht gefallen, schon weil sich die politischen Verhältnisse üblicherweise rascher ändern, als es der Wissenschaft lieb sein kann, jede sorgfältige Analyse aber Zeit (oft zuviel Zeit) benötigt. So erreichte die *History of the Rebellion*, die Edward Hyde, der *Erste Earl of Clarendon*, zum Zweck der politischen Beratung Karls I. in den Jahren 1646–48 zu verfassen begonnen hatte<sup>1</sup>, offensichtlich nicht mehr ihren Adressaten: Sie wurde erst zur Thronbesteigung Karls II. 1667 fertig! Für *Clarendon* mag man als Rechtfertigung gelten lassen, dass er sich mittlerweile *praktisch politisch* betätigt hatte und dabei erfolgreicher gewesen war als in der Rolle des wissenschaftlichen Beraters.

Für die wissenschaftliche Beratung der Außenpolitik und der privatwirtschaftlichen Auslandstätigkeit trifft heute leider *ähnliches* zu: Sie gilt zwar (immer noch) als unabdingbar, erreicht aber in den seltensten Fällen vollumfänglich ihre Adressaten, die Verantwortlichen in jenen Spitzenpositionen, wo die «Weichen» wirklich gestellt werden<sup>2</sup>. Der politische Berater gelangt hingegen dann zu wachsendem Einfluss und Ansehen, wenn er sich *praktisch* betätigt, z. B. *koordinierend, organisierend, «mitregierend»*, und nicht wissenschaftlich beratend oder gar eigenständig forschend. Das schlimmste Schicksal, das einen Berater ereilen kann, besteht nach Einschätzung eines *insiders* offenbar darin, nur noch von *anderen* Beratern oder, als absoluter Tiefpunkt, gar von akademischen Kreisen ernstgenommen zu werden (Kalicki 1977:849)!

Folgend geht es darum, die Beziehung zwischen wissenschaftlicher Beratung und Praxis zu untersuchen, und zwar in einem *Vergleich* der Beratung in *Aussenpolitik* und in *privatwirtschaftlicher Auslandstätigkeit*<sup>3</sup>. Denn die hierbei vorzufindenden Parallelen sind wohl mehr als nur zufällig: Die wissenschaftliche Beratung der Außenpolitik hat seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs einen enormen Aufschwung erlebt (Abschnitt 2); für die wissenschaftliche Beratung der im Ausland tätigen Banken und Industrieunternehmen kann namentlich seit den späten siebziger Jahren und den Krisen um den Iran, Polen und Afghanistan das-selbe festgestellt werden. Mit dem Ausbau der politikwissenschaftlichen Beratung sind jedoch *Mängel* zutage getreten (Abschnitt 3), die sich interessanter

1 «A lecture of Government for an English Prince» – so die Bewertung der *History* durch Samuel Pepys bei Erscheinen 1702 in einem Brief an den Sohn Claredons; vgl. Harris 1983:416 und Trevor-Roper 1979.

2 Allerdings nicht unbedingt, weil die wissenschaftliche Beratung zu langsam arbeitet und weil der betreffende Politiker vorher das Amt verliert oder gar wie im Falle *Claredons* beim Henker endet, sondern aus vielfältigen Gründen, die im Anschluss genauer zu beleuchten sind.

3 Die Untersuchung stützt sich dabei einerseits auf eigene Arbeiten des Autors im Bereich der Vermittlung wissenschaftlicher Methoden an die Praxis und der politischen Risikoanalyse (vgl. Ruloff 1987, Frei/Ruloff 1988a, 1988b, 1988c), anderseits auf die vornehmlich amerikanische Literatur zur politischen Beratung und Planung.

Weise in beiden Bereichen, der aussenpolitischen und der privatwirtschaftlichen Beratung, *vollkommen entsprechen!*

Allgemein handelt es sich hierbei um Schwierigkeiten der sog. «Planung» in Ministerien und Unternehmen, Einfluss auf die eigentlichen Entscheidungsprozesse zu gewinnen (vgl. Abb. 1, Beziehung «a»). Ein anderer Teil der Ursachen der Misere ist im Bereich der Forschung zur Aussenpolitik, zu den internationalen Beziehungen und den sog. politischen Risiken zu suchen (Abschnitt 4) und hängt mit den Schwierigkeiten der *Theoriebildung* zusammen (Beziehung «b» in Abb. 1). Gravierender sind jedoch Mängel im Bereich der *Schnittstelle* zwischen Wissenschaft und Praxis (Abschnitt 5): Während die empirische Forschung und auch ein Teil der wissenschaftlichen Beratung nur die Planung in den Ministerien und Unternehmen erreicht (Beziehung «c» in Abb. 1), die selbst nicht unbedingt Einfluss auf die Entscheidungsprozesse hat, besitzen (zumindest in den USA) die Vertreter traditioneller, wissenschaftlich aber unbefriedigender Ansätze oft erstaunlichen Einfluss, und zwar direkt oder vermittelt über eine angepasste und kommerzialisierte Beratung, hinter der sich nicht selten auch handfeste weltanschauliche, wissenschaftlich «getarnte» Interessen verbergen (Beziehungen «d» und «e» in Abb. 1). Beide, Wissenschaft und Praxis, müssen den Fragen der Umsetzung wissenschaftlicher Resultate in die Praxis vermehrte Aufmerksamkeit schenken (Abschnitt 6).

## **2. Beratung: Ein florierendes Geschäft**

### *2.1 Aussenpolitische Regierungsberatung*

Die wissenschaftliche Beratung der Aussenpolitik durch eigene Abteilungen in den entsprechenden Regierungsstellen ist in den Vereinigten Staaten zweifellos am weitesten entwickelt und wird allgemein als (*aussen)politische Planung (policy planning*) bezeichnet. Hinter diesem Oberbegriff verbergen sich eine Reihe von Ansätzen, die nicht alle mit Planung im engeren Sinne in Verbindung zu bringen sind (vgl. Faupel 1975:252ff.), so die Erstellung von Fallstudien und Lage- oder Problemanalysen (*issue research*) sowie Länderstudien, aber auch Programmplanung, strategische Planung und Notfallplanung (*contingency planning*). Die Aussenpolitik in den USA stützt sich darüber hinaus auf die Expertise von öffentlich-rechtlichen «Denkfabriken» (*think tanks*), Stiftungen, kommerziellen Beratungsfirmen und Universitäten.

Der Beginn der wissenschaftlich gestützten Planung amerikanischer Aussenpolitik wird üblicherweise George F. Kennan zugeschrieben (Kalicki 1977; Brady 1977; Miscamble 1980), der auf Weisung des damaligen Aussenministers Marshall 1947 den Aussenpolitischen Planungsstab<sup>4</sup> des *State Department* schuf,

<sup>4</sup> Abgekürzt S/P; 1961 wurde der *Policy Planning Staff* in *Policy Planning Council* umbenannt, 1969 in *Planning and Coordination Staff* (S/PC). 1973 kehrte man zur alten Bezeichnung zurück. Langzeitplanung hat es in der amerikanischen Aussenpolitik jedoch bereits vorher gegeben, wie die auf

namentlich zur Analyse der sowjetischen Aussenpolitik. Planungsfunktion hatte von Beginn an ebenfalls der *Nationale Sicherheitsrat* der Vereinigten Staaten. Auch die übrigen Ministerien der US-Regierung besitzen Planungsstellen und halten untereinander mehr oder weniger enge Verbindung. Ein Produkt koordinierter Vorausschau zu Umweltfragen ist der *Global 2000 Report*<sup>5</sup>, der von Präsident Carter in Auftrag gegeben wurde. Die meisten Industrienationen haben sich inzwischen aussenpolitische Planungsstäbe nach amerikanischem Muster zugelegt, deren Leistungen z. T. auch wissenschaftlich untersucht worden sind<sup>6</sup>. In der Sowjetunion spielt Planung aus ideologischen Gründen eine bedeutende Rolle; man kann davon ausgehen, dass zumindest der Versuch unternommen worden ist, auch die Aussenpolitik zu planen. Planung und Prognosetätigkeit wird auch in den Staaten der Dritten Welt grosse Bedeutung beigemessen, vor allem im Hinblick auf die Implementierung der jeweils eingeschlagenen Entwicklungsstrategien.

Eine bedeutende Rolle bei der wissenschaftlichen Beratung der amerikanischen Regierung in Fragen der Aussenpolitik spielen die «Denkfabriken» (*think tanks*). Zu unterscheiden sind die kommerziellen von den nichtkommerziellen Beratungsinstitutionen. Zu letzteren zählen eine Reihe von öffentlich-rechtlichen Forschungsanstalten, Universitätsinstituten und Stiftungen. Die ersten amerikanischen *think tanks* für aussenpolitische Fragen waren die *Foreign Policy Association* und das *Institute of Pacific Relations*, die beide in den zwanziger Jahren gegründet worden sind (Raucher 1978). Enormen Einfluss auf die Aussenpolitik der Reagan Administration wird drei konservativen *think tanks* attestiert: dem *American Enterprise Institute*, dem *Center for Strategic and International Studies* der Georgetown University und der *Heritage Foundation*. Diese teilweise mit ehemaligem Regierungspersonal besetzten Institutionen liefern weniger aktuelle Entscheidungshilfen als vielmehr Ideen und Konzepte, die in die Formulierung der Politik Eingang finden. Dagegen ist die *Rand Corporation*, die zu Ende des Zweiten Weltkrieges aus dem *Rand Projekt* der Air Force hervorgegangene bekannteste «Denkfabrik», eher technisch orientiert (vgl. Smith 1966).

Obschon öffentlich-rechtliche Institutionen wie die *Rand Corporation* und die genannten Stiftungen keine Profite machen, hat sich ihre Arbeit jedoch rentiert<sup>7</sup>, was u. a. in der enormen Expansion ihrer Tätigkeit zum Ausdruck kommt.

Vorstellung des sog. *Idealismus* und *Konstitutionalismus* zurückgehenden amerikanischen Anläufe einer weltordnungspolitischen Umgestaltung mittels Völkerbund und UNO zeigen (vgl. Ruloff 1988:14 ff. und 32 ff.).

5 Hierbei handelt es sich nicht um das «Weltmodell» der amerikanischen Regierung, sondern um die Zusammenstellung der Langzeitprognosen aller mit Umwelt- und Bevölkerungsfragen befassten amerikanischen Regierungstellen. Vgl. Barney 1981, Vol 1:6 ff.

6 Vgl. für die BRD Gohlert (1977); für Kanada Pearson (1977) und Madar/Stairs (1977); für Großbritannien Freedman (1982).

7 Nichtkommerzielle bzw. «gemeinnützige» Tätigkeit, die u. a. steuerliche Vorteile bringt, darf natürlich nicht mit kostenloser oder ehrenamtlicher Beratung verwechselt werden. Einige Institute wie RAND oder Battelle sind auch für die Privatwirtschaft tätig geworden und waren dabei so erfolgreich, dass Zweifel an ihrem *nonprofit*-Charakter aufgekommen sind. Einen Angriff des Staates

Die Nachfrage in bezug auf Beratungsleistungen aller Art, nicht zuletzt auch im Bereich der Aussenpolitik, hat offensichtlich in den letzten Jahren darüber hinaus ausgereicht, auch kommerzielle Interessen auf den Plan zu rufen. Eine Fülle von (oft von ehemaligen Mitarbeitern der grossen «Denkfabriken» und Stiftungen gegründeten) Instituten sind hier entstanden, die in Anspielung auf ihren Standort am Autobahnring um *Washington* und ihren sicheren Profitinstinkt als *beltway bandits* bezeichnet werden. Auch in Europa, in den sozialistischen Staaten und wenigen Staaten der Dritten Welt sind einige «Denkfabriken» entstanden<sup>8</sup>.

Das Spektrum der verwendeten Methoden in Planung und Beratung ist breit und eine Beurteilung der Resultate eine eher problematische Frage, auf die im Anschluss eingegangen werden soll. Immerhin bleibt festzustellen, dass in den letzten Jahren auch die neuen Möglichkeiten der Informatik in den Bereich der aussenpolitischen Beratung Einzug gehalten und zu einer «leisen Revolution» (Andriole 1981) geführt haben: Zunehmend kommen quantitative Verfahren zum Einsatz, und Personal Computer werden auch in den Planungsabteilungen der Aussen- und Verteidigungsministerien zunehmend für andere Zwecke als die der Textverarbeitung benutzt. Die Vernetzung und das rasche Wachstum der Speicherungskapazitäten von PCs in Gigabyte-Bereiche durch neue Technologien (*optical disks*) werden die Informationsbeschaffung und -verarbeitung auch im Bereich der politischen Planung weiter revolutionieren.

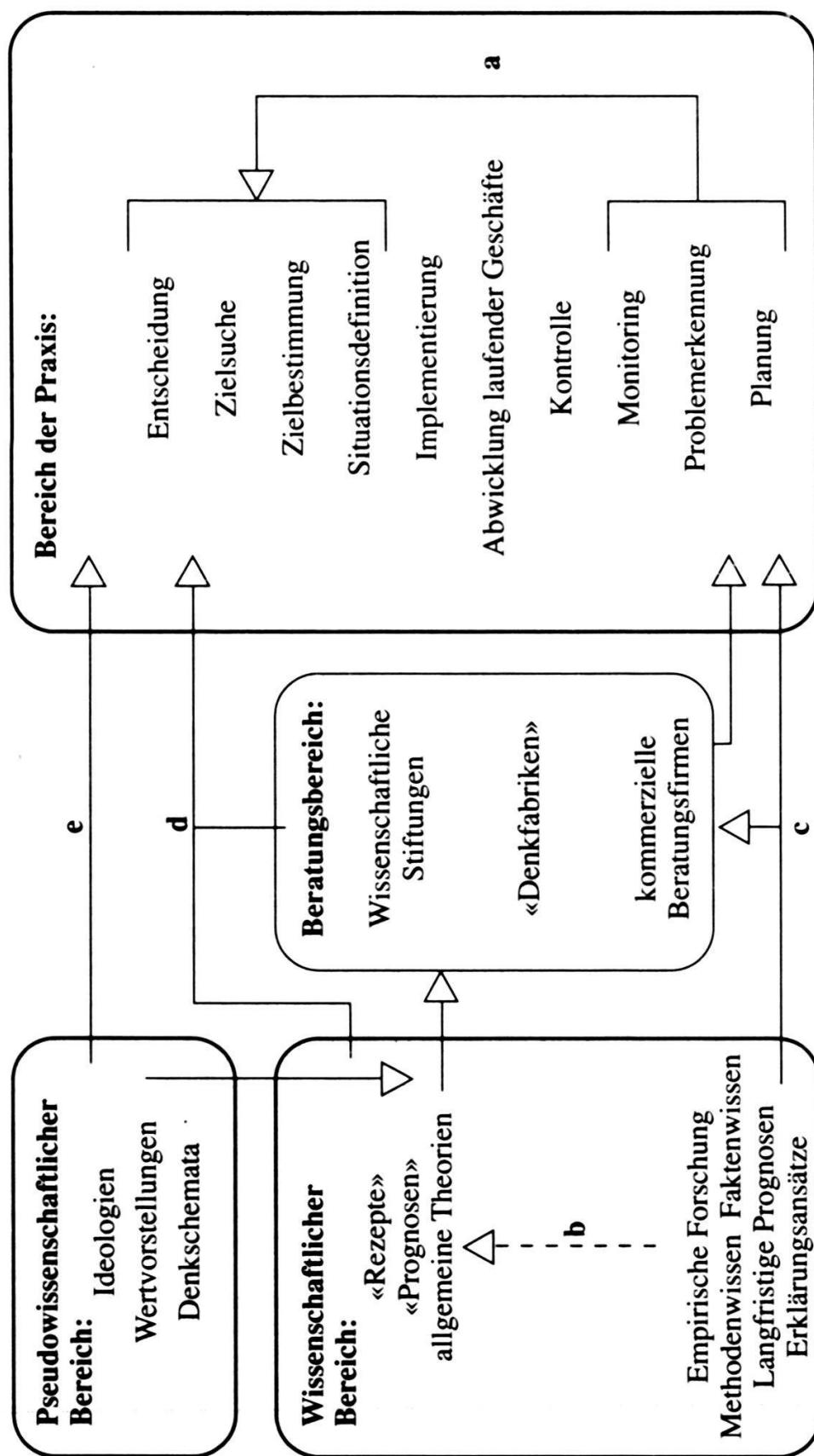
## 2.2 *Industrieunternehmen und Banken*

Im wesentlichen ausserhalb des Universitätsbereichs und fast unbemerkt von diesem ist in den letzten Jahren eine angewandte Politische Wissenschaft entstanden, die sich mit der Beratung von Wirtschaftsunternehmen und Banken befasst, die im Ausland geschäftlich tätig sind, namentlich in der Dritten Welt. Für derartige Dienstleistungen besteht ein respektabler Markt, denn ein Engagement im Ausland bietet zwar interessante geschäftliche Möglichkeiten, aller-

Ohio auf seinen *nonprofit*-Status konnte Battelle 1975 nur durch die freiwillige Spende von 80 Millionen \$ für karitative Zwecke abwenden (vgl. Guttmann et. al. 1976:18ff.).

8 So z. B. die von der Deutschen Bundesregierung finanzierte, rechtlich aber unabhängige *Stiftung Wissenschaft und Politik* in Ebenhausen bei München, in Frankreich das 1945 geschaffene Centre d'Études de Politique Étrangère, das schliesslich zum *Institut Français des Relations Internationales* (IFRI) umgewandelt worden ist. In Staaten der Dritten Welt, die nicht die Infrastruktur für den Aufbau staatlicher oder öffentlich-rechtlicher «Denkfabriken» besitzen bzw. nicht den Markt, der kommerzielle Beratung zu tragen vermag, haben Universitäten zunehmend quasi-*think tank*-Funktionen übernommen (Dror 1986). Die im Westen wohlbekannten sowjetischen *think tanks*, das *Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen* (IMEMO) und das *Institut zum Studium der USA und Kanadas* (Amerika-Institut) der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften, sind in der Beratung der Regierung engagiert, mit den amerikanischen «Denkfabriken» aber kaum zu vergleichen (Schneider 1988), eher noch mit den europäischen Forschungsstiftungen. Dasselbe gilt für das *Institut für Internationale Politik und Wirtschaft* der DDR, das im selben Gebäudekomplex angesiedelt ist wie der Staatsrat der DDR, eine wohl nicht rein zufällige Nähe zum Zentrum der Macht.

Abb. 1: Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Praxis



dings bei politischen Randbedingungen, die sich von jenen des heimatlichen Standortes oft ganz erheblich unterscheiden und nicht selten auch schwer abzuschätzende, sog. *politische Risiken* einschließen<sup>9</sup>.

Alle Einflüsse aus dem politischen Umfeld, die geeignet sind, die Geschäftstätigkeit ausländischer Unternehmen oder Banken zu behindern, zu verhindern oder mit Verlusten zu beenden, machen das politische Risiko aus. Dieses hat seine tieferen Ursachen in der Souveränität fremder Staaten (vgl. Shubik 1983:110). Denn staatliche Souveränität gestattet es den Behörden eines Landes zumindest im Prinzip, den eigenen Gesetzen und Gepflogenheiten entsprechend oder auch willkürlich bestimmte Randbedingungen der Geschäftsbeziehungen von Firmen oder Banken des eigenen Landes bzw. einer staatlichen Stelle mit ausländischen Unternehmen und Banken und die Arbeit von ausländischen Unternehmen auf ihrem Hoheitsgebiet festzulegen und gegebenenfalls auch zu verändern. Namentlich im Falle sog. souveräner Risiken im Bankgeschäft (vgl. Löschner 1983) wird diese Problematik auch im Begriff deutlich. Die Einstellung der jeweils betroffenen staatlichen Stellen in der Dritten Welt dem ausländischen Unternehmen gegenüber ist natürlich üblicherweise kein Geheimnis. Von politischen Risiken kann also erst dann gesprochen werden, wenn zwei zusätzliche Bedingungen hinzukommen (vgl. Ghadar 1985:59): Erstens eine Diskontinuität in den politischen Randbedingungen der Geschäftstätigkeit ausländischer Unternehmen oder Banken im entsprechenden Land und zweitens Schwierigkeiten auf Seiten des ausländischen Unternehmens, diese zu antizipieren<sup>10</sup>.

Die Enteignung bzw. Verstaatlichung und die Schuldenrepudiation als «worst case» haben begreiflicherweise das grösste Interesse der politischen Risikoanalyse geweckt. Die Länder der Dritten Welt haben von diesen Instrumenten zunächst auch intensiv Gebrauch gemacht.<sup>11</sup> Das einigermassen grobe Instrument der Verstaatlichung oder Nationalisierung ist inzwischen aber auch in der Dritten Welt durch ein Spektrum von gesetzgeberischen Eingriffen und Vorschriften ersetzt worden, das ähnliche, wenn nicht noch einschneidere Wirkung haben kann<sup>12</sup>. Der Bedarf an Beratung ist also eher noch im Wachsen begriffen. Tatsächlich stellen Marktforschung, Finanzinformation, Kreditinformation, juristische Beratung und wissenschaftliche Vorhersagen inzwischen eine Millionenin-

9 Folgend gemäss Ruloff 1987.

10 Zur Definition des Begriffs des Länderrisikos vgl. Jodice 1985:5; Kobrin 1982:40; Ruloff 1987:260f; Frei/Ruloff 1988c:1ff.

11 Kobrin (1980 und 1984) zählt seit 1960 insgesamt 511 massive Fälle staatlichen Einschreitens («forced divestment») gegen die ausländischen Unternehmen des betreffenden Landes. Beteiligt daran waren 76 Länder der Dritten Welt, und betroffen waren mehr als 1500 Firmen aus Industrie- und Entwicklungsländern.

12 Z. B. die Anpassung von Steuersätzen nach oben, die Unterbindung des Transfers von Gewinnen, der Zwang zur Kooperation mit einheimischen Unternehmen, die zwangsweise Neuverteilung von Gewinnen und Kosten bei *joint ventures* usw. (vgl. Davies 1981). Im Extremfall handelt es sich hier um Formen schleichender Enteignung (vgl. Wyatt/Miller 1985:279f. und Gerber 1982:58ff.), die in ihrer Wirkung einer tatsächlichen Enteignung ohne angemessene Entschädigung in nichts nachzustehen brauchen.

dustrie dar (vgl. Bemrose 1984). Die *politische Risikoanalyse* (PRA) ist nur ein kleiner Teil davon, hat nach den Krisen um Iran, Afghanistan und Nicaragua aber enorm an Bedeutung gewonnen<sup>13</sup>. Unabhängige kommerzielle Institute wie die bereits 1961 gegründete Beratungsfirma Frost & Sullivan (New York) bieten im Bereich der politischen Risikoanalyse eine ganze Palette von Dienstleistungen an, die vom monatlichen Informationsdienst im Abonnement bis zur Durchführung spezieller Forschungsprojekte reicht.

### **3. Probleme behördens- und unternehmensinterner Planung und Prognose**

#### *3.1 Bereich der aussenpolitischen Planung*

Auf den ersten Blick mag es nun überraschen, dass die faktische Wirkung der planerischen Anstrengungen in keiner Weise dem wachsenden Aufwand entspricht, der für die Zwecke der aussenpolitischen Planung in den meisten Industriestaaten getrieben wird. Tatsächlich beschränkt sich die «leise Revolution» in den Methoden und Informationstechniken, auf die vorher bereits verwiesen worden ist, vorerst auf die unteren Bereiche der *desk officers* in den Planungsstäben. Die meisten der dort vorangetriebenen Projekte (vgl. Andriole 1981) haben immer noch Test- oder Pilotcharakter und werden in dieser Funktion auch in den (wenigen) frei zugänglichen Publikationen zitiert (vgl. Commission 1976; Boucher 1977; Kronenberg 1981; Maurer, et. al. 1985; Hopple/Watson 1986). Ihr Einfluss auf aussenpolitische Entscheidungsprozesse muss zur Zeit noch als sehr gering angesetzt werden. Dies hat *organisatorische*, aber auch *prinzipielle* Gründe.

So ist die *prinzipielle* Frage, ob längerfristige aussenpolitische Planung überhaupt sinnvoll sei und in grossem Stile eingeführt werden müsse, noch keineswegs entschieden. Vielmehr zeichnet sich die Diskussion unter den Planern selbst, was Planung sein solle und könne, immer noch durch Unsicherheiten und ein enorm breites Spektrum der Meinungen aus. Diese Unsicherheit wird bereits in einer Umfrage aus den siebziger Jahren deutlich (Bloomfield 1977), und bis heute hat sich daran wenig geändert. Auch neueren Untersuchungen zufolge muss man wohl davon ausgehen, dass die politische Praxis meist kurzfristig agiert und sich skeptisch gegenüber allen längerfristigen Planungsversuchen verhält<sup>14</sup>. Nicht viel anders sieht es bei den Planern selbst aus: Üblicherweise gilt

13 1982 gab es nach Schätzungen (Burstein 1983) bereits etwa 500 vollamtliche PRA-Experten in Grossfirmen. Ein Teil dieser Experten hat sich in der 1980 gegründeten *Association of Political Risk Analysts* zusammengeschlossen. Infolge der andauernden Schuldenkrise und der Unsicherheiten im Süden Afrikas und im Nahen Osten werden die beruflichen Aussichten für PRA-Experten immer noch optimistisch beurteilt (vgl. Simon 1985).

14 Bloomfield (1977:824f.) zitiert den ehemaligen amerikanischen Unterstaatssekretär Murphy mit der Meinung, man müsse schon ungewöhnliches Glück haben, wenn man mehr als drei Tage in die Zukunft schauen könne. Eine neue Inhaltsanalyse von programmatischen Regierungsdokumenten (Schneider 1989) dokumentiert ebenfalls eindrücklich die «Kurzsichtigkeit» der politischen

eine Perspektive von sechs Monaten bereits als hinreichend; kaum jemand unternimmt den Versuch, mehr als 10 Jahre in die Zukunft zu schauen, wenn nicht Systemzwänge (wie z. B. in der militärischen Planung) dies erfordern.

Selbstverständlich wird von Befürwortern der Planung gerne auf Fälle verwiesen, wo fehlende oder mangelhafte aussenpolitische Planung schliesslich direkt in aussenpolitische Schwierigkeiten geführt habe<sup>15</sup>. Allerdings lassen sich ebenfalls ohne Schwierigkeit Gegenbeispiele benennen, in denen der Verzicht auf aussenpolitische Planung von den Betroffenen zumindest nicht als Mangel empfunden worden ist<sup>16</sup>: Nicht-Planung ist offensichtlich nicht in demselben Sinne Planung wie Nichtentscheidung zwangsläufig eine Art von Entscheidung darstellt. Wenn Aussenpolitik nur mehr als kurzfristig orientierte Problembewältigung verstanden wird, weil man an den Möglichkeiten längerfristiger Planung und Prognose zweifelt, so ist Planung in der Tat zumindest auf den ersten Blick überflüssig. Selbstverständlich hat aber auch die kurzfristige Perspektive ihre Schwierigkeiten. So machte sich in den USA nach der erfolgreichen Bewältigung der Kuba-Krise 1962 eine bedenkliche Neigung breit, *Krisenmanagement* als universelles Instrument der Aussenpolitik zu verstehen (Buchan 1966:22): Problemen der internationalen Politik brauche und könne man nicht langfristig planend gegenzusteuern, weil sich allfällige *Gordische Knoten* wie 1962 demonstriert durch Risikopolitik zerhauen liessen. Ironischer Weise bringt jedoch gerade eine kurzfristige, auf Krisenmanagement fixierte Sicht der internationalen Beziehungen wieder die Planung ins Spiel, weil man von ihr nun *Kontingenzpläne* erwartet<sup>17</sup>.

Längerfristige Planung bringt auch zwangsläufig *organisatorische* («bürokratische») Probleme mit sich, denn je länger die Perspektive, um so irrelevanter sind

Praxis, weist jedoch ebenfalls auf die Schwierigkeiten der Planwirtschaften hin, deren «Weitsichtigkeit» nicht unbedingt eine angemessene Perspektive darstellt.

15 Oft zitiertes Beispiel dieser Art ist die sukzessive wachsende Verstrickung der USA in den Krieg in Vietnam in den siebziger Jahren, die mit einem Niedergang im Einfluss des Planungsstabes unter der Leitung von *Walt Rostow* auf die Aussenpolitik von *Dean Rusk* einherging (Brady 1977:829f.). Entsprechend könnte man den geglückten Rückzug der USA aus Vietnam mit der Arbeit des Planungsstabes unter *Winston Lord* und seinen Einfluss auf die Aussenpolitik seines Förderers *Kissinger* in Verbindung bringen.

16 Die japanische Aussenpolitik ist bis in die Gegenwart improvisierend und unter Verzicht auf Planung formuliert worden (Fukui 1977). Man kann natürlich auch die Hypothese vertreten, dass für Japan bislang die Aussenhandelspolitik bedeutend wichtiger war als die Aussenpolitik und dass bei ersterer im Rahmen des MITI ein Planungsaufwand getrieben wird, der in anderen Industriestaaten seinesgleichen sucht. Auch die grossen Weichenstellungen in der Aussenpolitik der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, also die Integration in das westliche Bündnis und der Beginn der europäischen Einigung mit den Römischen Verträgen, fanden zu Zeiten statt, als man in Bonn an aussenpolitische Planung noch nicht dachte (vgl. Gohlert 1977). Auch in Israel hat zumindest bis Ende der siebziger Jahre keine aussenpolitische Planung stattgefunden (Brownstein 1977).

17 Tatsächlich gab es in der Zeitspanne von 1946 bis 1975 immerhin für knapp 60% der gezählten 41 Krisen, mit denen es die USA zu tun hatten, Notfallpläne; allerdings erwiesen sich die Hälfte dieser Pläne als unbrauchbar (Andriole 1981:7), was den Skeptikern jeglicher Planung wiederum Argumente verschafft.

die Resultate für das Management der laufenden Angelegenheit, und diese interessieren in der Außenpolitik offenbar immer noch in erster Linie (Bloomfield 1977:817). Wer auf langfristiger Planung beharrt, bringt sich also mit einer gewissen Zwangsläufigkeit um seinen Einfluss, wenn er dieser Tendenz nicht bewusst entgegensteuert. Größtmögliche Nähe zur aktuellen Politik sichert hingegen Einfluss<sup>18</sup>. Generell lässt sich die Bedeutung der Planung schon an ihrer Position in der Hierarchie einer Organisation ausmachen. Niedrige und/oder peripherale Lage «garantieren» für geringen Einfluss<sup>19</sup>. Hingegen geraten Planungsinstanzen, die eng in die laufenden Geschäfte mit einbezogen werden und sich auf diese Weise Einfluss sichern, also eher Politik machen als diese zu planen, tendenziell in Kompetenzkonflikte mit den regulär verantwortlichen Abteilungen. Eine weitere bekannte Ursache von *Reibungsverlusten* sind Rivalitäten und Kompetenzkonflikte zwischen den Planungsinstanzen der verschiedenen mit den Außenbeziehungen eines Landes befassten Behörden. Weit herum diskutiert sind die Rivalitäten zwischen dem *State Departement* und dem Nationalen Sicherheitsrat, der 1969–1973 unter Kissinger das Planungsmonopol besass und den Planungsstab des *State Department* in den Hintergrund drängte (Destler 1977; Kalicki 1977:856). Schon George Kennan, der Schöpfer des Politischen Planungsstabes im *State Department*, hatte bereits zwei Jahre nach der Entstehung seine Zweifel am Wert der Einrichtung (Kennan 1967:467) in der entstandenen Form, obwohl nicht am Sinn der Übung, das konzeptuelle Durcheinander in der amerikanischen Außenpolitik in geordnete Bahnen zu bringen (Kennan 1972:70f.). Voraussetzung dazu war in jedem Fall der dauernde Zugang der Planer zu den Entscheidungszentren und die Bereitschaft letzterer, sich überhaupt beraten zu lassen. Beide Bedingungen waren in der Geschichte des *State Department* offenbar nur über kürzere Zeit erfüllt.

### 3.2 Planung in Banken und Industrieunternehmen

Auch in der Praxis der politischen Risikoanalyse dominieren bis heute eher einfache Verfahren<sup>20</sup>. Während die wirtschaftlichen Komponenten des Länderrisikos und auch damit verbundene Spezialfragen teilweise mit enormem technischem Aufwand (z. B. ökonometrischen Modellen) untersucht werden, be-

18 So überrascht es nicht, dass der Außenpolitische Planungsstab des *State Departments* dann den größten Einfluss besass, als er mit Koordinierungs- und Organisationsaufgaben betraut und eng in die Leitung des Ministeriums integriert war, also unter Marshall und Kissinger, jedoch seinen Einfluss verlor, als langfristige Planung betrieben wurde, d. h. unter Acheson und Rusk (Kalicki 1977:852f.).

19 Vgl. auch Yarmolinsky 1969. Eine Ausnahme sind hingegen *Nischen* der Außenpolitik und der internationalen Beziehungen, soweit diese einige Bedeutung besitzen: Der Außenpolitische Planungsstab des *State Department* hatte offenbar dort seine Stärken, wo Probleme im Organisationsschema der Behörde geographisch oder funktional nicht unterzubringen waren (Kalicki 1977:851).

20 Folgend gemäß Ruloff (1987).

schränkt sich die Analyse politischer Risiken meist auf die Verwendung von Checklisten, Szenarien, Expertenbefragungen nach *Delphi-Muster*<sup>21</sup> und die Konstruktion von einfachen Risiko-Indices und politischen Rechenblättern. Trotz ihrer ersichtlichen Mängel (siehe unten) erfreuen sich auch die Länderrisiko-*Ratings*, wie sie von Frost & Sullivan, BERI Ltd. und anderen angeboten werden, immer noch grosser Popularität. Unter dem Eindruck der krisenhaften Ereignisse in der Dritten Welt zu Ende der siebziger Jahre wurden in einigen Banken und Industrieunternehmen zwar grosse Survey-Systeme aufgebaut. Dabei hat man aber die tatsächlichen Bedürfnisse des jeweiligen Unternehmens und die Möglichkeiten, aus dem Unternehmen heraus selbst Daten zu gewinnen und Resultate wieder in die Organisation zurückzureichen, mitunter vernachlässigt (vgl. Shreeve 1984).

Noch immer am weitesten verbreitet sind jene Verfahren, die bereits Rummel und Heenan (1978) als unbefriedigend kritisiert haben: Die «Grand Tour», d. h. die Besichtigung eines Landes durch ein Team von Managern, die Beratung mit einem dem verantwortlichen Entscheidungsträger persönlich bekannten Spezialisten (*old hands*) und die Befragung der Repräsentanten des Unternehmens, die im jeweiligen Land residieren. Schliesslich kann der politischen Risikoanalyse bis heute ohne Probleme eine ökonomische Schlagseite nachgewiesen werden: Politisches Risiko wird weitgehend vor dem Hintergrund eines ökonomischen Stabilitätsverständnisses beurteilt und über ökonomische anstelle politischer Indikatoren erfasst<sup>22</sup>. Die Folgen für die geschäftliche Praxis lassen sich auch empirisch ohne Schwierigkeiten nachweisen<sup>23</sup>, und zwar in Form von hohen Korrelationen zwischen perzipiertem Risiko und geringer Entwicklung. So mit drängt sich also einerseits der Schluss auf, dass die Akteure und ihre Berater entweder Risiko einfach mit geringer Entwicklung gleichsetzen; oder aber dass die entsprechenden Banken bzw. Industrieunternehmen tendenziell nicht in der Lage sind, ihr Auslandsengagement den sich oft rasch ändernden politischen

21 Zur Delphi-Analyse, einer iterativen Expertenbefragung, vgl. Frei/Ruloff 1988a:191 ff. oder Frei/Ruloff 1988b:191 ff.

22 Im Rahmen einer Fragebogenaktion bei 29 der grössten amerikanischen Banken stellten z. B. DeWitt und Madura (1986) fest, dass man sich vor allem auf makroökonomische Aggregate verlässt, namentlich die Wachstumsrate des BSP, also eine Grösse, mit der Bankiers umzugehen gewohnt sind.

23 In einer Untersuchung der Kreditvergabepraktiken einer Reihe von Banken aus Ländern der zehn wichtigsten westlichen Industriestaaten (G-10) für das Jahr 1976 stellte Conybeare (1984) eine negative Korrelation zwischen der sog. Länderquote, d. h. dem jeweils relativen Anteil des auf ein Land entfallenden Kreditvolumens, und dem BSP per capita fest. Ähnlich machten Frey und Schneider (1985) die Entdeckung, dass wiederum das BSP per capita zu einem grossen Massen die Höhe der ausländischen Direktinvestitionen in den Ländern der Welt bestimmt. Eine eigene (unpublizierte) Untersuchung des Autors zu kombinierten Risiko-Indexwerten für 72 Länder zeigt, dass auch die wichtigsten Länderrisiko-*Ratings* kommerzieller Institute ungewöhnlich hoch mit dem BSP pro Kopf korrelieren. Die Ausgangsdaten wurden dem Wirtschaftsmagazin *Bilanz* (11/1983:52 ff.) entnommen. Es handelt sich hierbei um Risikoschätzungen der folgenden Institute, die zu einem Aggregatindex zusammengefasst waren: BERI, World Political Risks Forecast, Institutional Investor und NSE Consultants.

Verhältnissen anzupassen<sup>24</sup>. Wenn aber Entwicklung an sich schon eine derartige Bedeutung als Indikator politischen Mikrorisikos hätte, wie dies die Beratungsunternehmen und ihre Kunden offenbar annehmen, dann wäre Beratung zumindest in der Form der Länder-Ratings wohl überflüssig, weil man die benötigte Information auch den Entwicklungsstatistiken internationaler Organisationen entnehmen könnte.

## 4. Mängel im Angebot der Wissenschaft

### 4.1 Theoriedefizit der Forschung zur Aussenpolitik und den internationalen Beziehungen

Die Wissenschaft von den internationalen Beziehungen ist zweifellos eine noch junge Disziplin und Mängel, die auch ihre Auswirkungen auf die Beratung haben, sind somit zu erwarten. Der Stand der Forschung kann an dieser Stelle schon aus Platzgründen nicht referiert werden, steht darüber hinaus auch nicht zur Diskussion. Sinnvoller ist es, den umgekehrten Weg zu beschreiten und zu fragen, was die Wissenschaft von den internationalen Beziehungen mit Blick auf die Praxis noch *nicht* zu leisten vermag. Das zentrale Problem besteht offenbar darin, empirische Forschung sowie Fakten- und Methodenwissen in allgemeine Theorien zu überführen (Beziehung «b» in Abb. 1), während es umgekehrt der traditionellen Lehre von den internationalen Beziehungen nicht gelingt, ihre theoretischen Ansätze in befriedigender Weise empirisch abzustützen<sup>25</sup>. Für eine kurze Übersicht lassen sich mindestens vier Formen potentiell praxisrelevanten Wissens unterscheiden: theoretisches Wissen, Faktenwissen, methodisches Wissen und Rezeptwissen (vgl. auch Badura 1976:10f.).

*Theoretisches Wissen* dient der Erklärung und kann für Zwecke der Prognose verwendet werden. Die Forschung zur Aussenpolitik und den internationalen Beziehungen zeichnet sich nun eher durch ein *Zuviel* als ein *Zuwenig* an (empir-

24 Nicht abzustreiten ist, dass Entwicklung tatsächlich in einem Zusammenhang mit politischen Mikrorisiken stehen kann: Burton und Inoue (1984) haben etwa 2000 Fälle von staatlichen Eingriffen in ausländische Unternehmungen (Verstaatlichungen, Interventionen in den Geschäftsablauf, Verkauf unter Zwang, Neuverhandlungen von Verträgen usw.) für die Zeit von 1960–1977 im Querschnitt untersucht und wiesen einen Zusammenhang zwischen diesen und dem Entwicklungsniveau sowie dem Einkommen dieser Länder nach.

25 Dieses Problem ist in der Wissenschaftsgeschichte der Disziplin der Internationalen Beziehungen bereits in den sechziger Jahren Gegenstand einer *Grand Debate* gewesen (vgl. Frei 1975); nachdem sich die damaligen Hoffnungen der offensiv argumentierenden Befürworter der «wissenschaftlichen», d. h. empirisch-quantitativen Forschung nicht erfüllt haben, ist gegenwärtig eine Renaissance der traditionellen Ansätze, ein eigentlicher methodischer *Neotraditionalismus* zu verzeichnen, der durchaus in Zusammenhang mit dem Aufkommen des sog. *Neorealismus* (vgl. Ruloff 1988:19ff.) zu stehen scheint. Dies ändert nichts an der Tatsache, dass auch die meisten dieser neuen Gedanken nur «*insights without evidence*» (Singer 1969) sind. Eine Neuauflage der *Grand Debate* ist gegenwärtig zwar nicht absehbar, aber sie wäre (jetzt auf höherem Niveau und mit der notwendigen Nüchternheit) zweifellos nötig.

risch kaum überprüfter) Theorien aus; vor allem fällt der rasche, ja teilweise rasante Wechsel der Theorien und Paradigmata auf<sup>26</sup>. Selbstverständlich hält keine der genannten Theorien der internationalen Beziehungen und der Außenpolitik hinsichtlich Erklärungskraft, Stringenz, empirischer Bewährung und letztlich auch allgemeiner Akzeptanz einen Vergleich mit den etablierten Theorien z. B. der Wirtschaftswissenschaften aus. Dies hat für den Praktiker gravierendere Folgen als für den Wissenschaftler: Ein *Interdependenztheoretiker* oder *Integrationstheoretiker* wird zu anderen Einsichten und Vorhersagen gelangen als z. B. ein *Neorealist*, was die mittel- und erst recht die langfristige Zukunft des internationalen Systems betrifft.

Ob es überhaupt in Zukunft tragfähige Theorien der internationalen Politik, z. B. Theorien des zwischenstaatlichen Konflikts geben wird, die tatsächlich diese Bezeichnung verdienen, d. h. ob das gegenwärtige Theoriedefizit der Disziplin eine Frage ihrer Unterentwicklung oder eine prinzipielle Eigenart des Gegenstandes ist und man auf der Suche nach *der Theorie* also einer Chimäre nachjagt<sup>27</sup>, wird sich erst erweisen müssen. So lassen sich einige gute Gründe für das Theoriedefizit nennen, die tatsächlich Disziplin-spezifisch sind (vgl. Frei/Ruloff 1988a:30ff. und 1988b:31ff.): Die Komplexität der Zusammenhänge, die jede rasche Generalisierung verunmöglicht; die *Singularität* der Vorgänge, die jeden Vergleich schon im Ansatz erschwert; der überwiegend *qualitative und diskontinuierliche Charakter*, der eine kontinuierlich-quantitative Beschreibung politischer Prozesse – Vorbedingung für die Anwendung der z. B. in der Ökonometrie mit grossem Erfolg eingesetzten statistischen Methoden – problematisch macht; das Fehlen anerkannter *Indikatorensysteme*, die analog zu den üblichen Kennwerten der Wirtschaft (Exporte, Importe, Wachstum des BSP, Inflation, Arbeitslosigkeit usw.) ein Monitoring der Vorgänge anhand quantitativer, prozess-produzierter Daten zuließen<sup>28</sup>.

*Faktenwissen*, obschon enorm eklektisch, hat die Disziplin dennoch in grosser Fülle produziert. Tatsächlich herrschen in der empirischen Forschung zur Aus-

26 Vgl. Rosenau 1979. In der Tat kommt fast der Eindruck auf, über Sein und Nichtsein des Politologen entscheide allein die Fähigkeit, am Karussel des Paradigmenwechsels mitzudrehen zu können: «Brother, can you Paradigm?» (Smith 1980).

27 Vgl. Gantzel 1988:55f.: «Vielleicht jagen wir auch einer Chimäre nach: einer erfahrungswissenschaftlich fundierten, wie immer nach Kriegstypen oder Regionen oder gesellschaftlichen Entwicklungsneuaus differenzierten Kriegsursachentheorie; es ist nicht auszuschliessen, dass eine solche Theorie unmöglich ist, aber bislang fehlt für diese Annahme die plausible Begründung oder gar der Beweis.»

28 Den Versuch, ein solches System für die Ost-West-Beziehungen zu schaffen, hat der Verfasser zusammen mit Daniel Frei unternommen (vgl. Frei/Ruloff 1983). Während nationale statistische Ämter und internationale Organisationen mit grossem Fleiss z. B. die wirtschaftlichen Beziehungen der Staatenwelt auf Indikatorensystemen abbilden und in Form von Handbüchern und Datenbanken allen Interessierten, also auch der Forschung, zur Verfügung halten, wird ähnliches für die Politischen Beziehungen nicht unternommen. Ereignisanalytische Projekte wie Edward Azars inzwischen leider abgeschlossenes COPDAB-Unternehmen (*Conflict and Peace Data Bank*), die genau dieses versuchen, verdienen deshalb nicht nur jeden Respekt; sie sind auch für die Forschung von kaum zu überschätzendem Wert.

senpolitik und zu den internationalen Beziehungen immer noch die nicht-quantitativen Fallstudien vor, die narrative Rekonstruktion singulärer Vorgänge und Strukturen. Dennoch lassen sich diese Fallstudien leicht in ein thematisch-geographisches Koordinatensystem einordnen. Die Dichte der resultierenden Verteilung ist natürlich nicht überall gleichmässig und zweifellos gibt es noch einige bedauerliche «weisse Flecken», dennoch erstaunt die Fülle des verfügbaren und über Bibliographien oder *online*-Datenbanken leicht zu erschliessenden Wissens. Der nicht-quantitative und meist auch *atheoretische* Charakter vieler dieser Untersuchungen, so bedauerlich er für die Wissenschaft ist, stellt für den Praktiker zunächst eher einen Vorteil dar.

*Methodisches Wissen* betrifft die Fähigkeit, die wichtigsten Aufgaben des Praktikers systematisch, rationell, kontrolliert und in ihrem Ablauf transparent sowie unter Einsatz angemessener technischer Mittel zu erledigen, als da sind: Lageerkenntnis, Erklärung, Vorausschau und Entscheidung (Frei/Ruloff 1988a:17ff; 1988b:20ff.). Seit Beginn dieses Jahrhunderts hat die Entwicklung moderner sozialwissenschaftlicher Methoden Fortschritte gemacht, die man durchaus mit jenen in den Naturwissenschaften vergleichen kann. Gemeint sind damit nicht nur quantitative Methoden, sondern auch Techniken zum möglichst kontrollierten Umgang mit qualitativen Datenbeständen, also herkömmlichen Quellen. Was die Politische Wissenschaft und die praktische Politik brauchen, sind «harte» Methoden für den Umgang mit «weichen» Daten; Ansätze wie die LPI-Analyse<sup>29</sup> zeigen, in welche Richtung die Entwicklung gehen kann.

*Rezeptwissen* in grossem Umfange, also Systeme von Handlungsanweisungen für entsprechende Situationen, vermag die Wissenschaft von der Aussenpolitik und den internationalen Beziehungen (noch) nicht zur Verfügung zu stellen; die Ursachen liegen einerseits im bereits vorher angesprochenen *Theoriedefizit*, andererseits auch in einem geringen Interesse der Forschung an den Problemen der Praxis. Die *policy science*-Forschung, die dem genannten Mangel abhelfen möchte, vermag in Fragen der Aussenpolitik und der internationalen Beziehungen noch wenig zu bieten. Technische Fortschritte bei der Aufbereitung von Rezeptwissen sind jedoch absehbar, z. B. mit der Anwendung von Verfahren der künstlichen Intelligenz (KI oder AI, *artificial intelligence*), etwa in der Ausnutzung von Expertensystemen für die integrierte Speicherung und die «intelligente» Abfrage von Wissen aller Art<sup>30</sup>.

29 Zur LPI-Analyse (lineare partielle Information) vgl. Frei/Ruloff 1988a:342 oder 1988b:336ff.

30 Die Anwendung von Expertensystemen ist bis heute auf mehr oder weniger komplizierte technische Probleme beschränkt geblieben, z. B. das Krisenmanagement im Falle von Öl- oder Chemieunfällen; vgl. Hayes-Roth et. al. 1983. Anwendungen auf Fragen der Aussenpolitik und der politischen Risikoanalyse lassen sich leicht vorstellen. Vgl. auch Harmon/King 1985 und Anderson/Stuart 1982.

### 3.2 Privatwirtschaftliche Auslandstätigkeit: die Probleme von Makro- und Mikro-Risiken

Hinsichtlich Faktenwissen, methodischem Wissen und Rezeptwissen sieht die Situation in der politischen Beratung von Industrieunternehmen und Banken ähnlich aus wie in der Beratung der Politik. Grösser sind die Schwierigkeiten hingegen im Bereich der Theorie<sup>31</sup>, konkret: der Theorie des politischen Risikos. Die Probleme beginnen bereits bei der Definition der abhängigen und unabhängigen Variablen: Was soll erklärt oder prognostiziert werden und durch was soll erklärt bzw. prognostiziert werden? In diesem Zusammenhang lohnt es sich, mit Kobrin (1978, 1979, 1981) und Simon (1982) zwischen sog. Makro-Risiken und sog. Mikro-Risiken zu unterscheiden. Kennziffern zum Makrorisiko, wie sie die sog. Länder-*Ratings* kommerzieller Institute liefern (vgl. Jodice 1984 und Baxmann 1985:182ff.), mögen zum Teil vielleicht nützliche Hinweise auf Revolutionen, Putsch, Umstürze und innere Unruhen aller Art liefern, dies zumindest ist der implizite oder sogar explizite Anspruch derartiger Länder-*Ratings*. Aber selbst wenn man diesen Anspruch einmal billigt, obschon Zweifel wohl berechtigt sind (vgl. Ruloff 1988a), so sagen derartige Angaben doch in der Tat wenig aus über Art und Ausmass eines Mikrorisikos, also jener Risiken, wie sie eine konkrete Bank oder ein konkreter Konzern durch Veränderungen in der politischen Umwelt des Gast- oder Gläubigerlandes tatsächlich erleben könnte.

Dass politische Instabilität mit dem politischen Risiko für ein konkretes Unternehmen nicht unbedingt identisch sein muss, lässt sich durch eine Fülle von Beispielen belegen. So sind die Kreditgeschäfte europäischer und amerikanischer Banken mit Ländern der Dritten Welt nicht durch Kriege, Aufruhr, Umsturz usw. gefährdet, sondern durch Veränderungen im System der Weltfinanz und Weltwirtschaft und durch das Verhalten der Schuldner selbst. Auch der vermeintlich schlimmste Fall eines politischen Makrorisikos, Revolution oder Putsch, muss nicht unbedingt katastrophale Auswirkungen im Mikro-Bereich erzeugen. Wie die Erfahrung transnationaler Konzerne in Nicaragua zeigt (vgl. Austin und Ickis 1986), hängt das Überleben der Firma und das weitere Gedeihen ihrer Geschäfte vor allem von einer pragmatischen Reaktion auf den Wandel ab.

Die politische Risikoanalyse hat sich bisher vornehmlich mit den Ursachen des politischen *Makrorisikos* befasst, also den Versuch unternommen, auf der Basis von Indikatoren innerer Spannungen und ihren Ursachenkomplexen auf den möglichen Kurswechsel der bestehenden politischen Führung, auf einen regulären Wechsel in der Führung, auf Revolution oder Putsch zu schliessen. Dies sind höchst anspruchsvolle Probleme, die in der sozialwissenschaftlichen Forschung selbst nur in Ansätzen und für bestimmte Typen von Ländern gelöst sind (vgl. Zimmermann 1981 und 1983). Wenn nun kommerzielle PRA-Unternehmen gleich für Dutzende oder gar alle Länder entsprechende Prognosen, teilweise sogar für Zeiträume bis zu fünf Jahren anbieten (wie die New Yorker Be-

31 Folgend gemäss Ruloff (1987).

ratungsfirma *Frost & Sullivan*), dann ist für jeden hinreichend informierten Sozialwissenschaftler wohl klar, was von einem solchen Angebot zu halten ist. Aber selbst wenn es möglich wäre, hinreichend verlässlich politische Makrorisiken zu prognostizieren, dann liesse dies immer noch keine Schlüsse auf konkrete Mikrorisiken zu. Aber diese *allein* sind für den Unternehmer oder Bankier, der an einem Auslandsengagement Interesse zeigt, relevant. Die bislang verfügbaren empirischen Forschungsresultate stützten nun weitgehend die Vermutung, dass politische Makro- und Mikrorisiken zumindest in keinem direkten bzw. exklusiven Zusammenhang stehen, wie ihn die Länderrisiko-*Ratings* der vorhergenannten Art stillschweigend mit ihrer Fixierung auf Phänomene wie den Regimewechsel unterstellen<sup>32</sup>.

## 5. Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Praxis: Seiteneinstieg und Basisarbeit

Der (immer noch) mässige Einfluss der *regierungs-* oder *unternehmensinternen* Planung auf die aussen- oder unternehmenspolitischen Entscheidungen ist eine Realität, die angesicht der eingangs geschilderten Konjunktur der Beratung in Politik und Wirtschaft erstaunt und sich nur mit Blick auf Eigentümlichkeiten der *Schnittstellen* zwischen externer wissenschaftlicher Beratung und der Praxis in Aussenpolitik und privatwirtschaftlicher Auslandstätigkeit erklären lässt. Die *externe Beratung* von Politik und Unternehmen besitzt hingegen nicht nur (aber vor allem) in den Vereinigten Staaten einen enormen Einfluss auf diese; allerdings handelt es sich hierbei nicht unbedingt um *wissenschaftlichen* Einfluss, und dies ist das Problem.

Die Bedeutung der grossen Stiftungen (*Carnegie, Ford, Rockefeller, Heritage*) und der (meist konservativen) öffentlich-rechtlichen und kommerziellen «Denkfabriken» (Hoover Institution, Center for Strategic and International Studies, American Enterprise Institute usw.) auf die amerikanische Aussenpolitik ist evident – um diese zu sehen, braucht man kein *revisionist* (wie Berman 1983) oder Marxist (wie Leitel 1984) zu sein. Er verdankt sich jedoch nicht (in erster Linie) wissenschaftlicher Beratungskompetenz, sondern *persönlicher, po-*

32 Vgl. Ruloff 1987:266 und die Resultate eines vom Autor geleiteten Forschungsseminars an der Universität Zürich (Ruloff 1988a), darin besonders den Beitrag von Thomas Frey und Lukas Vogel. Eine eigene Theorie des politischen Mikrorisikos zeichnet sich nicht ab. Bis heute gibt es lediglich einige Hypothesen, denen zufolge politische Mikrorisiken in einem engen Zusammenhang mit der geschäftlichen Entwicklung des jeweils betroffenen *Unternehmens* und der sozio-ökonomischen Entwicklung des *Gastlandes* stehen (vgl. Hahn 1982:33ff.). Danach wachsen mit dem Erfolg eines Unternehmens auch die politischen Risiken für dieses, weil es zu einem interessanten Objekt staatlicher Eingriffe wird und sukzessive eine Erosion seiner anfangs relativ starken Stellung dem Staat gegenüber hinzunehmen gezwungen ist (vgl. Ghadar 1985:62ff.). Besonders das Beispiel der Erdölindustrie zeigt diesen Zusammenhang sehr anschaulich (vgl. Penrose 1968; Jones 1984; Ghadar 1982).

*litischer, wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher*<sup>33</sup> Beziehungen, wobei mitunter auch das wissenschaftliche Prestige eine Rolle spielt, das Einfluss begründet und Zugang bei den massgeblichen Entscheidungsträgern schafft. Dasselbe gilt *mutatis mutandis* auch für die hochkarätigen der kommerziellen Beratungsfirmen und ihren Einfluss auf Politik und Privatunternehmen<sup>34</sup>. M. a. W. tritt hier die angewandte Politikwissenschaft, in welcher Form auch immer, in erster Linie als *politischer Akteur* in Erscheinung. Ob dies der Wissenschaft und erst recht der Gesellschaft guttut, darf bezweifelt werden (vgl. Guttmann/Wilner 1976). An der Sachlage ändert sich auch wenig, wenn man sich zu dieser in ein positives Verhältnis setzt und sie als einen Normalfall von *Korporatismus* deutet.

Eine Gesamtschau der Problematik sieht also wie folgt aus (vgl. Abb. 1): Die (mehr oder weniger) wissenschaftliche Beratung der Aussen- bzw. Unternehmenspolitik besitzt auf relativ hoher organisatorischer Ebene durchaus Möglichkeiten zu einem «Seiteneinstieg» in die Praxis, der ihr Einfluss auf diese verschafft. Nur ist dies nicht überwiegend ein wissenschaftlicher Einfluss; allenfalls traditionelle *insights without evidence* (Singer 1969), trügerische Prognosen, wenig bewährte Rezepte oder gar pseudowissenschaftliche Orientierungshilfen, die z. B. *weltanschauliche Rückendeckung* liefern, sind hier anzubringen. Mit einiger Berechtigung und zur Entlastung dieser Form der «Beratung» mag man anfügen, dass nicht wenige der betroffenen Akteure in Aussenpolitik und Unternehmensleitung auf höchster Ebene genau derartige Hilfen suchen (Andriole 1981:4f.), weil sie ihre Tätigkeit weniger als Problemlösungsprozess verstehen, der mit Hilfe von Spezialwissen zu optimieren wäre, sondern als einen *kreativer Vorgang*, als *wertende Wahl* zwischen Optionen, als Frage der *Mobilisierung* von Unterstützung der verschiedensten Art, *last but not least* auch jener der Wissenschaft. Einem Aphorismus Karl W. Deutschs zufolge gleiche die Beziehung zwischen Politologie und Politik oft derjenigen zwischen Laterne und Trunkenbold: Erstere dient letzterer eher zur Stützung denn zur Erleuchtung.

Einer Vermittlung «harter» wissenschaftlicher Resultate auf dem Wege des «Seiteneinstiegs» auf hoher Ebene stehen nicht nur Probleme der Verständigung im Wege, namentlich der oft und mit Recht beklagte *Jargon* der empiri-

33 Bailey/Freidin 1968: 7: «Früher haben die Millionäre Polo gespielt, nun spielen sie in der Politik mit – und nicht bloss aus sportlicher Passion.»

34 Ein passendes Beispiel ist die Beratungsfirma *Kissinger Associates*. Der Ansicht von Kritikern, dass die Beratungsfirmen hochrangiger Politiker weniger wissenschaftliche Expertise verkaufen als Zugang und Einfluss bei Regierungsstellen, den sie Firmen und auch ausländischen Regierungsstellen anbieten, wird selbst von den Betroffenen kaum widersprochen; vgl. International Herald Tribune, 26. Januar 1989, S. 3, zum Einfluss der Beratungsfirma des ehemaligen Aussenministers auf die Administration Bush. Die seiner erhofften Bestätigung als Verteidigungsminister vorausgehenden Anhörungen *John G. Towers* vor dem Streitkräfteausschuss brachten die Tatsache ans Licht, dass die Beratungstätigkeit des einflussreichen ehemaligen Senators für Rüstungsunternehmen wie *Rockwell International*, *Martin Marietta*, *Textron*, *LTV* und *British Aerospace* diesem binnen dreier Jahre ein Honorar von 750 000 Dollar eingebbracht hat. Die entsprechende Irritation des Ausschusses hielt sich in Grenzen (vgl. International Herald Tribune, 27. Jan. 1989, S. 2). Vermeintlicher Alkoholismus führte schliesslich zum Sturz von Towers, nicht aber seine «Geschäftstüchtigkeit»!

schen Sozialwissenschaften. Erklärungen, Fakten, langfristige Prognosen, forschungstechnisches *know how* usw., kurz das gesamte Angebot der empirischen Forschung, wird an dieser Stelle (von Ausnahmen abgesehen) gar nicht benötigt. Der empirischen Forschung bleibt nur der Weg über die Basis der behördlichen- bzw. unternehmensinternen Planungsstellen und -stäbe, soweit es sie gibt. Niemand wird bestreiten, dass auch auf dieser Ebene noch vielfältige Möglichkeiten zur Verbesserung und Intensivierung der Beziehungen bestehen; auf Seiten der Praxis ist auf der Ebene der Planungsexperten die Einsicht in die Notwendigkeit enger Beziehungen zur Wissenschaft zweifellos vorhanden (Kalicki 1977:849). Da jedoch der interne Einfluss dieser Instanzen auf die bedeutenden Entscheidungsprozesse noch immer dürftig ist, bleiben auch von bedeutenden wissenschaftlichen *inputs* nur Spuren übrig, sollte sie überhaupt bis in die Entscheidungszentren vordringen.

## 6. Schlussfolgerungen

In *offenen* politischen und ökonomischen Systemen, d. h. in solchen, die eine Konkurrenz der Ideen zulassen, wird sich relevante wissenschaftliche Erfahrung und brauchbares forschungstechnisches *know how* zwangsläufig in der Praxis durchsetzen, ganz im Gegenteil zu den geschlossenen Planungssystemen in den sozialistischen Staaten und in Teilen der Dritten Welt (vgl. Fritsch 1985:144 ff.). Dieser Evolutionsprozess braucht jedoch Zeit und verläuft üblicherweise nicht gradlinig; Beratung kann hier *gesellschaftliches Lehrgeld* einsparen helfen, wenn sie richtig eingesetzt wird und ihren richtigen Platz in den betroffenen Institutionen erhält.

Weniger ratsam scheint es, dabei dem amerikanischen Beispiel nachzueifern und die Beratung der Außenpolitik vollends in die Hände von *think tanks*, nicht-kommerziellen Stiftungen und Beratungsfirmen zu legen. In den USA hat die enorme Konkurrenz der Beratungsinstitutionen untereinander um Regierungsaufträge und öffentliche Forschungsmittel nicht die Qualität der Leistungen gefördert, sondern Anpassung<sup>35</sup> zur Folge gehabt, die eher zu bedauern sind, denn modisch präsentierte, aber inhaltlich wenig tief schürfende Untersuchungen waren oft die Folge<sup>36</sup>. Die bereits oben genannten ersten beiden amerikanischen *think tanks*, die *Foreign Policy Association* und das *Institute of Pacific Relations*, mussten bereits 1960 aus Geldmangel schliessen, weil man sich nicht den Spielregeln kommerzieller Beratung unterordnen wollte (Raucher 1978).

35 «Negative effects of traditional politics and machineries of governments on Think Tanks go further; they are forced to adjust their performance, downgrading it so as to reduce the hostility of traditional political and governmental institutions, on which they often depend for survival and growth» (Dror 1984:207).

36 «Flashy but shallow analysis» ist das Verdikt von Freedman (1982) in einer vergleichenden Untersuchung amerikanischer *think tank*-Studien und britischer aussenpolitischer Analysen. Strenge Kritiker führen das fast regelmässige Hin und Her in der amerikanischen Außenpolitik (vgl. Ruloff 1983) sogar auf das Wirken der neu entstandenen «professionellen Eliten» in der Außenpolitik und das Aufkommen mächtiger, kommerzieller und nichtkommerzieller Beratungsinstitutionen zurück (vgl. Bailey/Freidin 1968, vor allem Destler/Gelb/Lake 1984:91–126).

Die politische Beratung auch der Aussenpolitik ist deshalb gut beraten, mit Max Weber sorgsam zwischen dem Beruf des Wissenschaftlers und dem des politischen Praktikers zu unterscheiden, und die Gesellschaft tut gut daran, auf diese Trennung zu achten und jeder parasitären Nutzung wissenschaftlichen Prestiges entgegenzutreten (vgl. Lübbe 1984). Was die Beratung von *Unternehmen und Banken* betrifft, so sind die kommerziellen Institute aus ihrer starken Position wohl kaum mehr zu verdrängen; Spekulationen der Universitätsforschung auf einen grösseren Anteil am Geschäft mit der Politischen Risikoanalyse sind wenig realistisch, obschon die Forschung angesichts der schwach entwickelten Theorie (siehe oben) durchaus Beiträge zur Entwicklung des Feldes leisten könnte (vgl. Ruloff 1987:269).

In der Aussenpolitik europäischer Staaten ist der «Seiteneinstieg» der Wissenschaft und all jener, die unter dem Deckmantel der Wissenschaft Einfluss auf die Aussenpolitik nehmen wollen (Beziehungen «d» und «e» in Abb. 1) noch nicht in dem Masse fortgeschritten wie in den USA. Die Wissenschaft gelangt in Europa in ihrer beratenden Funktion zum grossen Teil an die aussenpolitischen Planungsstäbe und die mit Planungsfunktionen betrauten Referate in den Ministerien. Ihr Einfluss auf die Aussenpolitik hängt aus diesem Grunde wesentlich vom Stellenwert der Planung im politischen Prozess schlechthin ab. Aussenpolitik ist ein *zielgerichteter Prozess* (Anderson 1984:174f.), der allerdings nicht im luftleeren Raum oder unter den Idealbedingungen von Experimenten wie denen der *Inter-Nation Simulation*<sup>37</sup> (INS) abläuft, sondern zeit- und teilweise unter Verhältnissen, die Allisons (1971) als «bürokratisch» bezeichnet hat: Es entsteht Streit um die Ziele und Mittel der Aussenpolitik und um Einfluss in dieser. In diesem Umfeld muss sich die Planung durchsetzen, damit sie auch in Zeiten der routinemässigen Abwicklung der Aussenpolitik nach dem Muster des *organizational process* nicht überspielt oder beiseite gedrückt wird. Ratschläge für das Überleben in grossen Organisationen brauchen an dieser Stelle nicht vermittelt werden; diese liefert die Verwaltungswissenschaft/*policy science*, und sie gelten selbstverständlich auch für die PRA-Abteilungen der im Ausland tätigen Industrieunternehmen und Banken.

Auch wenn es der Planung gelingen sollte, ihre Stellung innerhalb einer Behörde, einer Bank oder einem Unternehmen zu festigen, so hat sie dennoch die nicht leichte Pflicht, das Interesse der Entscheidungsträger an der Bewältigung sehr konkreter, drängend aktueller Probleme mit der eigenen, möglicherweise weit vorausschauenden Sicht in Zusammenhang zu bringen und prinzipielle Zweifel an Sinn und Möglichkeit von Planung und Prognose abzuwehren. Schon aus Gründen der Sicherung von Einfluss sollten Planungsstäbe aktuelle, organisatorische oder koordinierende Aufgaben übernehmen, dabei aber ein Höchstmaß an Autonomie wahren und verhindern, zu gewöhnlicher *desk officer*-Ar-

37 Die *Inter-Nation Simulation* ist eines der bekannteren Planspiele internationaler Beziehungen.

Vgl. Guetzkow/Valadez 1981:13ff. und 23ff. Aus dem genannten Grund hat INS inzwischen als analytisches Werkzeug eher ausgedient, kann zu Trainingszwecken und für die Ausbildung hingegen noch zur Anwendung kommen.

beit herangezogen zu werden, d. h. Berichte zu wahllos wechselnden Themen abliefern zu müssen (Kalicki 1977:854). Als wenig sinnvoll hat es sich auch erwiesen, in Planungsstäben selbst eine Aufteilung der Funktionen zwischen Planung und Koordinierung einzuführen (Brady 1977:831f.). Wissenschaftliche Forschung, vor allem die langfristig orientierte, wird am besten *nicht* in Planungsstäben erledigt, weil sie diese von ihrer eigentlichen Aufgabe, nämlich der *Vermittlung* wissenschaftlichen *know hows* an die Praxis, nur abhält (Kalicki 1977:856) und zur Selbstisolierung führen kann; sie sollte der Wissenschaft überlassen bleiben.

Um über die Entwicklungen im akademischen Bereich laufend informiert zu bleiben, braucht jede Planungsinstanz enge Kontakte zu Forschungsinstituten und Universitäten. *Die Institutionalisierung* dieser Kontakte ist der eigentliche *Lakmustest* effektiver Einbringung wissenschaftlicher Erkenntnisse in den aussen- oder unternehmenspolitischen Entscheidungsprozess. Übungen wie der *GLOBAL 2000 Report* sind dann vollkommen müsig, wenn sie nicht institutionelle Folgen haben, d. h. wenn das für derartige Projekte zusammengezogene Fachpersonal sich nach getaner Arbeit in alle Himmelsrichtungen verstreut<sup>38</sup>. Ständige wissenschaftliche Beratungsinstanzen, nicht notwendigerweise dem *Council on Foreign Relations* nachempfunden, sind eine Möglichkeit der Institutionalisierung von Beziehungen zwischen Wissenschaft und Praxis in Aussen- und Unternehmenspolitik. Bei aller Ratlosigkeit der wissenschaftlichen Beratung, auch angesichts des Einflusses *falscher Propheten* aus den eigenen Reihen, besteht doch Grund zur Hoffnung: Denn in dem Masse, wie Aussenpolitik noch immer als *muddling through* (Lindblom 1959) betrieben wird, sind systematische Reformbestrebungen nicht nur notwendig, sondern dank ihrer Systematik auch im Vorteil.

## Literatur

- Allison, Graham T. 1971, *Essence of Decision: Explaining the Cuban Missile Crisis*. Boston: Little, Brown & Co.
- Anderson, Paul A. / Thorson, Stuart J. 1982, «Artificial Intelligence Based Simulations of Foreign Policy Decision Making.» In: *Behavioral Science* 27/2:176–193.
- Anderson, Paul A. 1984, «Foreign Policy as a Goal Directed Activity.» In: *Philosophy of the Social Sciences* 14/2:159–181.
- Andriole, Stephen J. 1981, «The Quiet Revolution in the Scientific Study of International Politics and Foreign Policy.» In: *Policy Science* 14/1:1–22.
- Austin, J. E. / Ickis J. C. 1986, «Managing After the Revolutionaries Have Won.» In: *Harvard Business Review* 64/3:103–109.

38 Zitat aus dem Bericht *Global 2000*: «But because all study reports eventually become dated and less useful, the Study's findings cannot provide the foundations called for in the directive (gemeint ist die ursprüngliche Anweisung Präsident Carters, Anm. d. Verf.). The necessary foundation for longer-term planning lies not in study findings per se, but in the Government's continuing institutional capabilities – skilled personnel, data, and analytical models – for developing studies and analyses» (Barney 1981, Vol. 1:6).

- Badura, Bernhard (Hg.) 1976, Seminar angewandte Sozialforschung. Studien über Voraussetzungen und Bedingungen der Produktion, Diffusion und Verwertung sozialwissenschaftlichen Wissens. Frankfurt: Suhrkamp.
- Bailey, George / Freidin, Seymour 1968, Die Experten, Baumeister und Zerstörer der Aussenpolitik Amerikas. Zürich: Fritz Molden.
- Barney, Gerald O. 1981, The Global 2000 Report to the President. Entering the Twenty-First Century. 3 Bde. Washington: U.S. Government Printing Office.
- Baxmann, Ulf G. 1985, Bankbetriebliche Länderrisiken – unter besonderer Berücksichtigung ihrer potentiellen Früherkennung und kreditpolitischen Behandlung. München: Florenz.
- Bemrose, C. 1984, The Business Information Industry. An Examination of Strategic Developments in the Business Research and Information Industry in the United States and United Kingdom. Cambridge, Mass., Arthur D. Little.
- Berman, Edward H. 1983, The Influence of the Carnegie, Ford, and Rockefeller Foundations on American Foreign Policy: The Ideology of Philanthropy. Albany: State University of New York Press.
- Bloomfield, Lincoln P. 1974, In Search of American foreign Policy: The Humane Use of Power. London: Oxford University Press.
- Bloomfield, Lincoln P. 1977, «Policy Planning Redefined: What the Planners Really Think.» In: International Journal 32/4:813–828.
- Bloomfield, Lincoln P. 1978, «Planning Foreign Policy: Can it Be Done?» In: Political Science Quarterly 93/3:369–391.
- Boucher, Wayne I. (Hg.) 1977, The Study of the Future. An Agenda for Research. Washington, D.C.: U.S. Government Printing Office.
- Brady, Linda P. 1977, «Planning for Foreign Policy: A Framework for Analysis.» In: International Journal 32/4:829–848.
- Brownstein, Lewis 1977, «Decision Making in Israeli Foreign Policy: An Unplanned Process.» In: Political Science Quarterly 92/2:259–279.
- Buchan A. 1966, Crisis Management. The New Diplomacy. The Atlantic Institute, Paris.
- Burstein, D. 1983, «The Risk Analysts Survive a Shakeout.» In: International Management 38/10:48–55.
- Burton, F. N. / Inoue, H. 1984, «Expropriation of Foreign-Owned Firms in Developing Countries: A Cross-National Analysis.» In: Journal of World Trade Law 18/5:396–414.
- Commission on the Organization of the Government for the Conduct of Foreign Policy 1976, 7 Bände, Washington, D.C.: U.S. Government Printing Office.
- Conybeare, J. A. 1984, «International Bank Lending: Political Risk and Portfolio Diversification.» In: Journal of Business Research 12/3:363–375.
- Davies, W. 1981, «Beyond the Earthquake Alegory: Managing Political Risk Vulnerability.» In: Management International Review 21/3:5–9.
- Destler, I. M. / Gelb, Leslie H. / Lake, Anthony 1984, Our Own Worst Enemy. The Unmaking of American Foreign Policy. New York: Simon & Schuster.
- Destler, I. M. 1977, «National Security Advice to U.S. Presidents: Some Lessons from Thirty Years.» In: World Politics 29/2:143–176.
- DeWitt, R. P. / Madura, J. 1986, «How Banks Assess Country Risks.» In: World of Banking 5/1:28–33.
- Dror, Yehezkel 1984, «Required Breakthroughs in Think Tanks.» In: Policy Science 16/3:199–225.
- Dror, Yehezkel 1986, «Universities as Aids to Development Policymaking: Some Proposals.» In: Policy Studies Journal 14/3:414–421.
- Faupel, Klaus 1975, «Planung in der Aussenpolitik – eine Inselwelt.» In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 4/2:251–261.
- Freedman, Lawrence 1982, «The Development of the ‘Think Tank’. Outsiders’ Influence on Defence Policy.» In: Journal of the Royal United Services Inst. for Defence Studies (Grossbritannien), 127/1:13–18.
- Frei, Daniel 1975, «Zu einigen wissenschaftstheoretischen Aspekten der Erforschung weltpolitischer Zusammenhänge.» S. 324–339 in: Zimmerli, Walther Ch. / Simon-Schaefer, Roland (Hg.), Wissenschaftstheorie der Geisteswissenschaften. Hamburg: Hoffmann und Campe.

- Frei, Daniel / Ruloff, Dieter 1983, East-West Relations. 2 Bde. Cambridge, Mass.: Oelgeschlager, Gunn & Hain.
- Frei, Daniel / Ruloff, Dieter 1988a, Handbuch der Weltpolitischen Analyse. 2. Aufl., Chur: Rüegger.
- Frei, Daniel / Ruloff, Dieter 1988b, *Les Risques Politiques Internationaux: Analyse – Prévision – Conseil*. Preface de l'Amiral Pierre Lacoste, Président de la Fondation pour les Etudes de Défense Nationale. Paris (1988): Edition S. A./J. M. Vajou.
- Frei, Daniel / Ruloff, Dieter 1988c, «The Methodology of Political Risk Assessment: An Overview.» In: *World Futures* 25:1–25.
- Frey, Bruno S. / Schneider, Friedrich 1983, «Competing Models of International Lending Activity.» In: *Journal of Development Economics* 20:225–245.
- Fritsch, Bruno 1985, Das Prinzip Offenheit. Anmerkungen zum Verhältnis von Wissen und Politik. München: Olzog Verlag.
- Fukui, Haruhiro 1977, «Foreign-policy Making by Improvisation: The Japanese Experience.» In: *International Journal* 32/4:791–812.
- Gantzel, Klaus Jürgen (Hg.) 1988, Krieg in der Dritten Welt. Theoretische und methodische Probleme der Kriegsursachenforschung – Fallstudien. Baden-Baden: Nomos.
- Gerber, S. 1982, Risikoanalyse und Risikopolitik bei direkten deutschen Auslandsinvestitionen von mittelständischen Unternehmen in Entwicklungsländern. Eine empirische Untersuchung bei ausgewählten Investitionsprojekten. Frankfurt und Bern: Peter Lang.
- Ghadar, Fariborz 1982, «Political Risk and the Erosion of Control: The Case of the Oil Industry.» In: *Columbia Journal of World Business* 17/3:47–51.
- Ghadar, Fariborz 1985, «Political Risk and the Erosion of Control: The Case of the Oil Industry.» S. 59–70 in: Brewer, Thomas L. (Hg.) *Political Risks in International Business. New Directions for Research, Management and Public Policy*. New York: Praeger.
- Gohlert, Ernst W. 1977, «Planning in German Foreign Policy.» In: *International Journal* 32/4:769–790.
- Guetzkow, Harold / Valadez, Joseph J. (Hg.) 1981, Simulated International Processes. Theories and Research in Global Modeling. Beverly Hills: SAGE.
- Guttman, Daniel / Willner, Barry 1976, The Shadow Government. The Government's Multi-Billion-Dollar Giveaway of its Decision-Making Power to Private Management Consultants, «Experts», and Think Tanks. New York: Pantheon Books/Random House.
- Hahn, Oswald 1982, Absicherung von Investitionsrisiken im Ausland. Frankfurt: Alfred Metzner.
- Harmon, Paul / King, David 1985, Expert Systems. Artificial Intelligence in Business. New York: John Wiley & Sons.
- Harris, R. W. 1983, Clarendon and the English Revolution. London: Chatto & Windus/The Hogarth Press.
- Hayes-Roth, Frederick / Waterman, Donald A. / Lenat, Douglas B. (Hg.) 1983, Building Expert Systems. London: Addison-Wesley.
- Hopple, Gerald W. / Watson, Bruce W. (Hg.) 1986, The Military Intelligence Community. Boulder: Westview Press.
- Jodice, David A. 1984: «Trends in Political Risk Assessment: Prospects for the Future.» S. 8–26 in: Ghadar, Fariborz / Moran, T. H. (Hg.) *International Political Risk Management: New Dimensions*. Washington: Georgetown University.
- Jodice, David A. 1985, Political Risk Assessment. An Annotated Bibliography. Westport Connecticut und London: Greenwood Press.
- Jones, R. J. 1984, «Empirical Models of Political Risks in U.S. Oil Production Operations in Venezuela.» In: *Journal of International Business Studies* 15/1:81–95.
- Kalicki, Jan H. 1977, «The State Department Policy Planning Process.» In: *International Journal* 32/4:849–858.
- Kennan, George F. 1967, Memoirs 1925–1950. Boston: Atlantic/Little, Brown.
- Kennan, George F. 1972, Memoirs 1950–1963. Boston: Atlantic/Little, Brown.
- Kobrin, Stephen J. 1978, «When Does Political Instability Result in Increased Investment Risk?» In: *Columbia Journal of World Business* 13/3:113–122.
- Kobrin, Stephen J. 1979, «Political Risk: A Review and Reconsideration.» In: *Journal of International Business Studies* 10/1:67–80.

- Kobrin, Stephen J. 1980, «Foreign Enterprise and Forced Divestment in LDCs.» In: *International Organization* 34/1:65–88.
- Kobrin, Stephen J. 1981, «Political Assessment by International Firms: Models or Methodologies?» In: *Journal of Policy Modeling* 3/2:251–270.
- Kobrin, Stephen J. 1982, *Managing Political Risk Assessment*. Berkely: University of California Press.
- Kobrin, Stephen J. 1984, «Expropriation as an Attempt to Control Foreign Firms in Developing Countries: Trends from 1960 to 1979.» In: *International Studies Quarterly* 28/3:329–348.
- Kronenberg, Philip S. (Hg.) 1981, *Planning U.S. Security*. Washington, D. C.: National Defense University Press.
- Leitel, Erich 1984, «Zur Rolle der konservativen Think Tanks in den USA heute.» In: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin. Gesellschaftswissenschaftliche Reihe* 33/4:447–448.
- Lindblom, Charles E. 1959, «The Science of «Muddling Through.»» In: *Public Administration Review* 19:79–88.
- Löschner, Ernst 1983, *Souveräne Risiken und internationale Verschuldung*. Wien: Manz'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung.
- Lübbe, Hermann 1984, «Sozialwissenschaften und Politik. Der Werturteilsstreit als exemplarischer Fall.» In: *Verantwortung und Ethik in der Wissenschaft*. München: Max-Planck-Gesellschaft, S. 235–247.
- Madar, Daniel / Stairs, Denis 1977, «Alone on Killers' Row: the Policy Analysis Group and the Department of External Affairs.» In: *International Journal* 32/4:729–755.
- Madar, Daniel R. 1977, *Foreign Policy Planning: Its Practice and Problems in the U.S. Department of State*. Diss. University of Toronto.
- Maurer, Alfred C. / Tunstall, Marion D. / Keagle, James M. (Hg.) 1985, *Intelligence. Policy & Progress*. Boulder: Westview Press.
- Miscamble, Wilson D. 1980, *George F. Kennan, the Policy Planning Staff and American Foreign Policy*. Diss., University of Notre Dame.
- Pearson, G. A. H. 1977, «Order out of Chaos? Some Reflections on Foreign-Policy Planning in Canada.» In: *International Journal* 32/4:756–768.
- Penrose, E. T. 1968, *The Large International Firm in Developing Countries: The International Petroleum Industry*. London: George Allen and Unwin.
- Raucher, Alan 1978, «The First Foreign Affairs Think Tanks.» In: *American Quarterly* 30/4:493–513.
- Rosenau, James N. 1979, «Muddling, Meddling and Modelling: Alternative Approaches to the Study of World Politics in an Era of Rapid Change.» In: *Millenium* 8/2:130–144.
- Rothstein, Robert L. 1972, *Planning, Prediction and Policymaking in Foreign Affairs*. Boston: Little, Brown.
- Ruloff, Dieter 1983, «Ursachen «klimatischer» Schwankungen in den Ost-West-Beziehungen. Zyklen von Konflikt und Kooperation zwischen den USA und der UdSSR 1950–1978 – Eine Spektralanalyse.» In: *Politische Vierteljahresschrift*, Sonderheft 14 (1983), S. 141–162.
- Ruloff, Dieter 1987, «Politische Risiko-Analyse und Dritte Welt – Zu Begriff, Methoden, Theorien und empirischen Resultaten.» In: *Politische Vierteljahresschrift (PVS)*, 28/3:259–279.
- Ruloff, Dieter 1988, *Weltstaat oder Staatenwelt? Über die Chancen globaler Zusammenarbeit*. München (Beck'sche Reihe Nr. 372).
- Ruloff, Dieter (Hg.) 1988a, *Politische Risiko-Analyse. Beiträge zu einem Forschungsseminar*. Zürich: *Kleine Studien der Forschungsstelle für Politische Wissenschaft* der Universität Nr. 254.
- Rummel, R. J. / Heenan, D. A. 1978, «How Multinationals Analyze Political Risk.» In: *Harvard Business Review* 56/1:67–76.
- Schneider, E. 1988, «Soviet Foreign Policy Think Tanks.» In: *Washington Quarterly* 11/2:145–155.
- Schneider, Gerald 1989, *How Far do Governments Look Ahead? A Comparative Analysis of the Factors Contributing to the Variance in the Time Horizons of 40 States*. Frankfurt/Main: Haag und Herchen.
- Shreeve, T. W. 1984, «Be Prepared for Political Changes Abroad.» In: *Harvard Business Review* 62/4:111–118.
- Shubik, Martin 1983, «Political Risk: Analysis, Process and Purpose.» S. 109–138 in: Herring, Ri-

- chard J. (Hg.) *Managing International Risk. Essays Commissioned in Honor of the Centenary of the Wharton School, University of Pennsylvania*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Simon, J. D. 1982, «Political Risk Assessment: Past Trends and Future Prospects.» In: *Columbia Journal of World Business* 17/3:62–71.
- Simon, J. D. 1985, «Political Risk Forecasting.» In: *Futures* 17/2:132–148.
- Singer, J. David 1969, «The Incomplete Theorist: Insights Without Evidence.» S. 62–86 in: Knorr, Klaus / Rosenau, James N. (Hg.), *Contending Approaches to International Politics*. Princeton: Princeton University Press.
- Smith, Bruce L. R. 1966, *The RAND Corporation: Case Study of a Nonprofit Advisory Corporation*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Smith, Steve, 1980, «Brother, can you Paradigm? A Preply to Professor Rosenau.» In: *Millenium* 8/3:235–245.
- Trevor-Roper, Hugh 1979, «Claredon's History of the Rebellion.» In: *History Today* 29/2:73–79.
- Wyatt, S. / Miller, R. R. 1985, «Circumvention Management of Political Risk.» S. 275–288 in: Brewer, Thomas L. (Hg.) *Political Risks in International Business. New Directions for Research, Management and Public Policy*. New York: Praeger.
- Yarmolinsky, Adam 1969, «Bureaucratic Structures and Political Outcomes.» In: *Journal of International Affairs* 23/2:225–235.
- Zimmermann, Ekkart 1981, *Krisen, Staatsstreiche und Revolutionen. Theorien, Daten und neuere Forschungsansätze*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Zimmermann, Ekkart 1983, *Massenmobilisierung. Protest als politische Gewalt*. Zürich: Interforum.